

Abrüsten statt Aufrüsten



Während des Werksurlaubs verbrachte ich drei Tage, vom 19. bis 21. Juli, an dem NATO-Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Ein Militärstützpunkt ist nicht gerade eine Touristenattraktion - was habe ich dort gemacht, und warum war mir das drei Tage meines Urlaubs wert?

Am Freitagmorgen haben wir mit etwa 50 KommunistInnen und anderen Friedens-AktivistInnen den Fliegerhorst ab 5.45 Uhr an drei Eingängen symbolisch blockiert. In der übrigen Zeit habe ich mich an Veranstaltungen und Protestaktionen vor dem Haupttor des Fliegerhorstes und in dem Aktionscamp in unmittelbarer Nähe beteiligt.

Unsere Aktionen richteten sich „gegen die Stationierung von 20 US-Atomwaffen im Rahmen der NATO-Nuklearstra-

tegie, die sich zusammen mit dem militärischen Aufmarsch der NATO in Osteuropa klar gegen Russland richtet. Diese Atomwaffen... sind Teil einer wachsenden Kriegsgefahr, die die gesamte Menschheit bedroht“ (DKP-Pressemitteilung).

Von unserem Land gingen die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts aus. Aufgrund dieser Erfahrung erklärt unser Grundgesetz in Artikel 26, Absatz 1: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Dagegen verstößt die deutsche Bundesregierung mit der Stationierung und

Mitfinanzierung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden. Dagegen verstößt auch, dass „Bundeswehrpiloten im Rahmen der nuklearen Teilhabe die US-Atombomben im Ernstfall abwerfen würden und dafür trainieren“ (DKP-Pressemitteilung). Dazu passt die Weigerung die Bundesregierung, den Atomwaffenverbotsvertrag in der UNO zu unterzeichnen.

Die NATO als der weltweit stärkste Militärblock schafft mit ihrer Aufrüstung, ihrem Säbelrasseln und ihren Kriegen nicht mehr Sicherheit, sondern Konfrontation und Unsicherheit. Nicht Konfrontation, sondern Frieden mit Russland ist das Gebot der Stunde!

Darum war es mir drei Tage meines Urlaubs wert, den Protest gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr zu unterstützen.

Achim Bigus

roter Käfer
 Zeitung der DKP Osnabrück für VW, Imperial & Autovision

Inhalt Okt. 2018

- # VW Braunschweig: Befristete übernommen
- # Chemnitz
- # Warum Büchel?

dkpos.blogspot.de

Bereichsversammlungen im 3. Quartal: **Befristete übernommen – Aktion für „genug Fachpersonal“**

Begrenzung der Minusstunden für alle auf maximal 400 Stunden, bis zu sechs Freischichten in der Aufholphase trotz Minuskonto: dieser Kompromiss zur Fahrweise während der vorübergehenden Unterauslastung im Fahrzeugbau wurde in den Bereichsversammlungen gut aufgenommen. Besonderen Beifall gab es für die Übernahme der letzten elf Befristeten und zwei Leiharbeitskräfte.

Vor dem Werksurlaub herrschte besonders im Lack akuter Mangel an Fachpersonal. Die Folgen: hoher Arbeitsdruck, hoher Krankenstand. Der Betriebsrat forderte darum in der Betriebsversammlung im Sommer:

- Feste Übernahme der letzten Leiharbeiter und Befristeten
- Eine realistische Personalbemessung, die auch Urlaub nehmen und Stunden abfeiern ermöglicht
- Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen

Personalmangel - Personalabbau
Zugleich haben im ersten Halbjahr die letzten Leiharbeitskräfte in der Produktion ihre Arbeitsplätze verloren. Dies traf weit über hundert Kolleginnen und Kollegen, darunter auch die letzten 16 Leiharbeiter im Lack - gut eingearbeitete Fachkräfte, deren Entlassung die Situation im Lack weiter verschärfen wird, sobald es wieder auf drei Schichten geht.

Der Betriebsrat hatte die Übernahme dieser Beschäftigten gefordert. Aber in der vorübergehenden Unterauslastung im Fahrzeugbau zwischen dem Auslauf von Tiguan und Porsche und dem Anlauf des Skoda Karoq ist es nicht gelungen, dies gegen die Personalabbau-Linie des Vorstandes durchzusetzen.



Unterbesetzung und Personalabbau – das sind zwei Seiten einer Medaille, wenn Konzerne durch Arbeitsverdichtung ihre Renditen steigern wollen ...

Befristete übernommen
Für die momentane Unterauslastung des Fahrzeugbaus sind nicht die Beschäftigten verantwortlich. Darum hatte der Betriebsrat eine Kompensation der Unternehmensseite bei den zu erwartenden Minuskonten gefordert.

In die Verhandlungen darüber konnte der BR, vor dem Hintergrund wieder steigender Auslastung, neben anderen Punkten auch die Forderung nach der Übernahme der letzten elf Befristeten im Lack und der letzten zwei Leiharbeitskräfte im Personalbereich einbringen und durchsetzen.

„Qualität braucht genug Fachpersonal“
Die Situation im Lack war in zweischichtiger Fahrweise entspannter als vor dem Werksurlaub. Aber was wird, wenn es wieder auf drei Schichten geht? Die Forderung nach einer realistischen Personalbemessung steht weiter auf der Tagesordnung.

Um dem Nachdruck zu verleihen, hatten die Vertrauensleute der Lackiererei ein Transparent gemalt und Wortbeiträge vorbereitet. Damit gingen sie in den Bereichsversammlungen des Fahrzeugbaus und der Spät- und Nachtschicht auf die Bühne und ans Mikrofon. Die sehr positiven Reaktionen darauf in der Versammlung und in den Tagen danach, auch bei Vorgesetzten und Führungskräften, zeigen, wie sehr die Vertrauensleute damit den Nerv der Belegschaft getroffen haben.

Jetzt im UZ-Shop:

shop.unserezeit.de



Herbert Mies - Ein Kämpfer für Frieden und Sozialismus
Stationen und Positionen
FDJ * KPD * DKP



Das Kommunistische Comic-Manifest
Das Manifest als Farbcomic.
Zeichnungen von Karl Berger



50 Jahre DKP
1968. Diese Gesellschaft braucht eine legale Kommunistische Partei!
Die Konstituierung der DKP
Chaos, Zerstörungen und Dokumente

Impressum / Kontakt:

DKP Osnabrück
ViSdP: Lars Mörking
Website: dkpos.blogspot.de

...wir treffen uns jeden ersten und dritten Mittwoch in der Lagerhalle Osnabrück

Hinweise, Kritik, Lob an die Redaktion?
Wir freuen uns über Zuschriften an:
osnabrueck@dkp-niedersachsen.de

Trotz Unterauslastung: VW Braunschweig übernimmt 70 Befristete

Scheinbar aussichtslos

In den vergangenen Jahren konnten IG Metall und Betriebsrat für mehr als 700 in Zeitarbeit beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in Braunschweig die Übernahme bei VW durchsetzen. Im letzten Jahr ist das nicht mehr gelungen. Nun stand die Übernahme der letzten 70 Befristeten an: Kolleginnen und Kollegen, die seit fünf Jahren bei VW gute Arbeit leisten, zunächst als Leiharbeitsbeschäftigte, dann als Befristete. Angesichts der momentanen Unterauslastung des Werkes und Verleihungen von Stammbeschäftigten in andere Standorte, ein scheinbar aussichtsloses Unterfangen.

Die Betroffenen nahmen den Kampf trotzdem auf. Die Unterstützung des Betriebsrates und der Stammbeschäftigten hatten sie. Doch die Übernahme war nicht in Braunschweig zu entscheiden, der Vorstand in Wolfsburg weigerte sich. Auf der Betriebsversammlung im Juni gab es einen tollen Auftritt der Befristeten. „Steht auf, wenn ihr die Kolleginnen und Kollegen unterstützen wollt“, rief ein unbefristeter Beschäftigter die Versammlung auf. Und die Versammlung von mehreren tausend Beschäftigten stand.

Die Vertrauenskörperleitung initiierte eine Postkartenaktion, der Betriebsrat lotete alles aus, was die Übernahme sichern könnte. Die Übernahme war The-

ma in allen Verhandlungen sowohl in Braunschweig als auch in Wolfsburg. Auf der 80-Jahrfeier wurden weitere Unterschriften gesammelt, Buttons hergestellt und eine Diskussionsrunde im IGM-Zelt durchgeführt.

Auf der Betriebsversammlung am 19. September sollte nun der anwesende Personalvorstand Gunnar Kilian gleich zu Anfang Farbe bekennen, so die Forderung vom Betriebsratsvorsitzenden Uwe Fritsch. Das Ergebnis, am späten Abend des Vortages erzielt, hieß: Übernahme aller 70, allerdings 35 davon am Standort Wolfsburg. Der Jubel war groß, bei einigen der Befristeten flossen Tränen.

Alles gut also, Sieg auf der ganzen Linie? Für die Befristeten und ihre Angehörigen, ca. 200 Menschen, sicher. In der Aussprache gab es aber auch Kritik. Das Ergebnis entstand auf dem Verhandlungsweg und ist ein Kompromiss. Der Vorstand war nur unter der Bedingung zur Übernahme bereit, dass das Werk Braunschweig die Kosten kompensiert. Also wurde ein Paket geschnürt, das neben den Übernahmen noch ein zusätzliches Invest, über den Zukunftspakt hinaus, zur Absicherung von mehreren Hundert Beschäftigten beinhaltet. Dafür wurden u.a. sechs Schließtage, die nur zu 50 Prozent bezahlt werden und Maßnahmen vereinbart, die die Rendite über 5 Prozent

heben sollen. Für die Beschäftigten kann das weitere Belastungen bedeuten, ein weiterer Personalabbau über Altersteilzeit ist zu erwarten.

Erpressung wurde das von einem Beschäftigten genannt. Ja, so ist das im Kapitalismus. Der Konzernvorstand, der einem Werk, das bei den Fabrikkosten Miese schreibt und nicht ausgelastet ist, aus lauter Menschenfreundlichkeit mal eben so 70 Menschen einstellt, muss erst noch gefunden werden. Gut, wenn in Diskussionsbeiträgen auf der Betriebsversammlung der Finger in die Wunde gelegt und die Folgen für die Beschäftigten aufgezeigt werden. Der Betriebsrat allerdings, gewählt zur Sicherung der Arbeitsplätze, kann es dabei nicht belassen. Entweder Zustimmung zu dem verhandelten Kompromiss oder die 70 Befristeten sind im Oktober arbeitslos. Der Betriebsrat hat entschieden: Zugunsten der Übernahme der Befristeten.

Rosa Luxemburg sagte einst, es sei eine revolutionäre Tat, laut das zu sagen, was ist. Das gilt auch für den Betriebsrat: Das Kräfteverhältnis aufzeigen, den Preis benennen und die Zustimmung begründen. Das wurde gemacht. Der Beifall signalisierte, dass die übergroße Mehrheit einverstanden war.

aus: "Roter Käfer", DKP-Betriebszeitung für VW Braunschweig und Wolfsburg

Leiharbeit, Befristungen:

Heuern und Feuern - auch bei Volkswagen

Jahrelang war Leiharbeit bei AutoVision für Volkswagen vor allem eine Art „verlängerte Probezeit“. Betriebsrat und IG Metall konnten für Tausende Leiharbeitskräfte eine Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis bei Volkswagen durchsetzen, darunter auch Hunderte in Osnabrück.

Das änderte sich 2015 mit der Dieselskandal. Zunächst bekamen viele Beschäftigte nach drei Jahren Leiharbeit bei AutoVision nicht mehr einen festen Volkswagen-Vertrag, sondern nur noch einen befristeten für maximal zwei weitere Jahre - wegen der unsi-

cheren Zukunftsaussichten.

Dann kam der „Zukunftspakt“. Dieser sichert zwar der Stammbeslegschaft vorerst den Arbeitsplatz, aber eben nicht den Beschäftigten „2. Klasse“: LeiharbeiterInnen, Befristeten, Zulieferern... „Charta der Leiharbeit“ hin, „Equal pay“ her: der Kündigungsschutz ist für die Leiharbeitskräfte von AutoVision genauso aufgehoben wie für alle anderen LeiharbeiterInnen, ebenso für die Befristeten. Ihre Entlassung („Nicht-Übernahme“) ist der einfachste, billigste und schnellste Weg zu dem im „Zukunftspakt“ vereinbarten Personalabbau. Darum drängt der Vorstand an allen

Standorten neben dem Personalabbau „entlang der demografischen Kurve“ (über Altersteilzeit) auf Entlassung statt Übernahme von Leiharbeitern und Befristeten, um aus den verbleibenden Arbeitskräften mehr herauszuholen. Betriebsräte und IG Metall konnten trotzdem in verschiedenen Standorten die Übernahme von Leiharbeitern und Befristeten durchsetzen (siehe den Bericht zu Braunschweig).

Um das „Heuern und Feuern“ zu stoppen, fordert die DKP:

Leiharbeit und Befristungen ohne sachlichen Grund verbieten!

Bürgerbegehren für eine kommunale Wohnungsgesellschaft in Osnabrück:

Für bezahlbaren Wohnraum

In Osnabrück hat sich ein Bündnis für bezahlbaren Wohnraum gebildet, das derzeit Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammelt, das die Gründung einer neuen kommunalen Wohnungsgesellschaft fordert. Bereits jetzt haben über 2.000 Osnabrückerinnen und Osnabrücker unterschrieben. Die DKP Osnabrück gehört neben vielen anderen zu den Unterstützer-Organisationen des Bürgerbegehrens.

Wir dokumentieren hier den Bündnis-Aufruf:

Steigende Mieten, zu wenig erschwingliche Wohnungen – mit diesem Problem müssen sich immer mehr Menschen in Osnabrück herumschlagen. Das trifft inzwischen schon viele „Normalverdiener“, besonders aber Menschen mit schlecht bezahlten Jobs, Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Geflüchtete, Rentner*innen, Studierende und andere mehr.

Wohnungen – nicht genug und immer teurer

In Osnabrück fehlen ein paar Tausend Wohnungen. Die Knappheit treibt die Mieten in die Höhe, seit Jahren steigen sie schneller als die Inflationsrate. Jeder

fünfte Haushalt muss inzwischen über 40 % des verfügbaren Einkommens für die Kaltmiete ausgeben.

Wohnungen – nicht für jede/n

Dazu kommt: weil die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot, können Vermieter sich ihre Mieter aussuchen. Wer gut verdient, hat die besten Chancen – ALG-2-Empfänger, Familien mit vielen Kindern, Migrant*innen oder Wohnungslose haben meistens schlechte Karten.

Der Markt wird's nicht richten

Es gibt einen erheblichen Bedarf an neuem und vor allem preiswerten Wohnraum. Die Mehrheit im Rat will das über den Markt regeln und setzt auf private Investoren. Doch die schaffen nur Wohnraum, wenn sie mit einer „ordentlichen“ Rendite rechnen können. Sie bauen vor allem teure Wohnungen für „solvente Mieter“. Der Neubau von Mietwohnungen, die sich viele Menschen auch leisten können, ist für sie nicht lukrativ.

Eine kommunale Wohnungsgesellschaft muss her

Deshalb muss die Stadt selber etwas tun. Wir schlagen die Gründung einer neuen

kommunalen Wohnungsgesellschaft für Osnabrück vor, die gemeinnützig wirtschaftet und nicht auf möglichst hohe Renditen aus ist. Damit hätte die Kommune ein Mittel in der Hand, um - aus eigener Kraft preiswerten Wohnraum anzubieten, - mehr Einfluss auf die Mietpreis- und Stadtentwicklung zu nehmen, - Menschen eine ein faires Wohnen zu ermöglichen, die heute auf dem „freien Wohnungsmarkt“ diskriminiert werden.

Mit einem Bürgerentscheid können wir es schaffen

Im Stadtrat gibt es derzeit keine Mehrheit für die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Aber mit einem Bürgerentscheid können die Osnabrücker*innen sie selber durchsetzen. In einem ersten Schritt müssen 9.830 Wahlberechtigte den Bürgerentscheid fordern. Falls der Rat dann keinen Beschluss für eine kommunale Wohnungsgesellschaft fasst, kommt es zum Bürgerentscheid.

Der Bürgerentscheid ist erfolgreich wenn die Mehrheit mit „Ja“ gestimmt hat und diese Mehrheit mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten sind. Das sind 26.215 Osnabrücker*innen!

Schulterschluss der Rechten in Chemnitz:

Wir wissen, was Nazis so machen

Zu Chemnitz wurde schon viel geschrieben, gesagt, gesendet. Oft ging es um "Hetzjagd" oder nicht "Hetzjagd". Der Duden kennt da übrigens kein Maß, das als Grundlage für die Klärung dienen könnte, ob es nun eine "Hetzjagd" war oder nicht. Dann ging es um Maaßen oder nicht Maaßen.

Worum es selten ging, ist das in Chemnitz die Bundestags-Rechte mit gewalttätigen Rechten auf der Straße den Schulterschluss vollzogen hat. Im „Aufwachen“-Podcast (aufwachen-podcast.de) unter dem Titel: "A1320 – Mutti aller Probleme" berichtet Georg Restle (Monitor, ARD) über seine Erlebnisse in Chemnitz am 1. September. Da heißt es u.a. „Das Lügenpresse rufen schlägt in Gewalt um“, „Wir haben es auch beobachtet wie andere Teams verprügelt, ja teilweise gejagt worden sind“.

Etwas früher schildert er, dass der Vertreter von „ProChemnitz“ ihm bestätigt hat, dass von vorn herein geplant war, die Demos von AFD und „ProChemnitz“ zu vereinigen. Und es war auch im Vorfeld bekannt, dass sich unter der Fahne von „ProChemnitz“ viele gewalttätige Rechte versammeln.

Wie Gauland nach der Bundestagswahl sagte: „Wir werden Sie jagen!“ Wir können uns nicht wie unsere Vorfahren rausreden. Wir wissen, was Nazis so machen.

Die AFD noch als Hort von Konservativen bis National-Konservativen zu verniedlichen, ist jetzt nicht mehr bloß fragwürdig, sondern brandgefährlich. In dem Maße, in dem der parlamentarische Arm stärker wird, wird der „Mut zur Tat“ bei den Prügelbanden steigen.



www.unsere-zeit.de

Jetzt UZ kennenlernen:

6 Wochen Probeabo: Zeitung und Online-Ausgabe = gratis

3-Monats-Abo: Zeitung und Online-Ausgabe = 10 EUR

Abonnieren unter: shop.unsere-zeit.de